

AN RHEIN UND SIEG



TIERE DER WOCHE

Für die sechs **Diamanttäubchen** Cleo, Cassandra, Chloe, Carin, Conrad und Claus sucht das Bonner Tierheim neue Zuhause. Die Mini-Täubchen wurden in einer Greifvogelstation abgegeben. Die Tiere müssen nicht alle zusammenbleiben – könnten es aber natürlich gerne. Infos: Ruf (0228) 63 69 95.



„Jegliches Vertrauen verspielt“

Wasser Bornheim: SPD, UWG und Linke erbost über Informationspolitik

VON JACQUELINE RASCH

BRIEF-ABSTIMMUNG

BORNHEIM. „Schönrederei und Beschwichtigungsversuche gehen weiter“ – so reagieren die Fraktionsvorsitzenden Wilfried Hanft (SPD), Hans Gerd Feldenkirchen (UWG) und Michael Lehmann (Die Linke) im Bornheimer Rat in einer gemeinsamen Erklärung auf aktuelle Meldungen zum Umweltkeim Lelliottia amnigena im Trinkwasser des Wahnachtalsperrenverbandes (WTV) und einen Brief von WTV-Verbandsvorsteher und Ex-Landrat Frithjof Kühn an Bürgermeister Wolfgang Henseler (wir berichteten).

Aus Sicht der drei Politiker „verspielt der WTV jegliches Vertrauen in der Öffentlichkeit“, beim Thema Umweltkeim im Wasser des Wahnachtalsperrenverbandes habe „die undurchsichtige Informationspolitik des WTV einen weiteren Höhepunkt erreicht“. Zum Hintergrund: Das Kreisgesundheitsamt hatte am Dienstag mitgeteilt, dass das WTV-Wasser aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes weiterhin gechlort werde, nachdem der Umweltkeim offenbar über die Trinkwasseraufbereitungsanlage Siegelknippen in das Versorgungsnetz gelangt war. Seit 18. Oktober wird dem Wasser in einer höheren Konzentration Chlordioxid zugesetzt. Das Kreisgesundheitsamt hatte auch darauf aufmerksam gemacht, dass es sich nicht „um eine berichtspflichtige Gefahrenlage, sondern nur um einen Umweltkeim handelt“, der in Bornheim nicht einmal nachgewiesen wurde. Dennoch

Eine Abstimmung per Brief ist auch kurzfristig noch möglich – das teilt das Abstimmungsbüro der Stadt Bornheim im Vorfeld des Bürgerentscheides mit. Dazu ist ein Antrag erforderlich, der auf der Rückseite der Benachrichtigungen abgedruckt ist oder auf der städtischen Homepage unter www.bornheim.de heruntergeladen werden kann. **Briefabstimmungsunterlagen können noch bis Freitag, 18. November, um 13 Uhr beantragt und ausgestellt werden;** Anträge per Fax an (0 22 22) 945-172, E-Mail: wahlbuero@stadt-bornheim.de, per Brief oder persönlich.

Bei einer persönlichen Vorsprache im Abstimmungsbüro (Raum 251 im Rathaus) werden die Unterlagen umgehend ausgehändigt. Sollte der Wahlschein verloren gegangen sein, kann noch bis Samstag, 19. November, um 12 Uhr ein neuer Wahlschein erteilt werden. Der verlorene Wahlschein wird dann für ungültig erklärt.

Die Briefabstimmungsunterlagen können **noch bis zum Wahltag, 20. November, um 16 Uhr im Rathaus abgegeben** werden. (jr)



Über Bornheims Wasser wird am Sonntag per Bürgerentscheid abgestimmt. (Foto: Böschmeyer)

bringen die Fraktionschefs ihre „tiefe Besorgnis zum Ausdruck, die durch die scheinweise Veröffentlichung der Fakten durch den WTV zutage tritt“. Während der aktuellen Stunde in der jüngsten Ratssitzung, die SPD, UWG, FDP und Die Linke beantragt hatten, hätten „die Weichwasser-Befürworter des WTV die seit Monaten andauernden

Vorfälle noch bagatellisiert und als Panikmache bezeichnet. Jetzt zeigt sich, dass die ursprünglich propagierte Vorgehensweise des WTV, eine Beseitigung des Störfalls in wenigen Wochen herbeizuführen, nicht mehr zu halten ist und sogar mehrere Monate in Anspruch nehmen wird.“ Und weiter: „Einem Verband, der seine Probleme seit Monaten

nicht in den Griff bekommt, sollte unsere zukünftige Wasserversorgung nicht anvertraut werden“, so die Fraktionschefs von SPD, UWG und Linke.

Kritisch sehen die Politiker auch die Rolle des Verbandsvorstehers Frithjof Kühn. „Die Verwertung von Erkenntnissen scheint bei Kühn eigene Wege zu gehen. Zwar steht es

einem Juristen zu, mindestens zwei Meinungen vertreten zu dürfen. Kühn greift jedoch häufig diejenige auf, die Anlass zu Kritik bietet. Dies zeigte sich bei der Vergabe der Rettungsdienstaufgaben ebenso wie bei der Freigabe von Geldern zum geplanten Ankauf neuer RWE-Aktien und bei der Abgabe von empfangenen RWE-Aufsichtsratsantien an den Kreis.“

Überfall auf zehnjährigen Schüler

MECKENHEIM. Ein Zehnjähriger ist am Montagmittag auf dem Heimweg von der Schule Opfer eines Überfalls geworden. Zwei Jugendliche passten ihn laut Polizei auf einem Verbindungsweg von der Königsberger Straße zur Julius-Leber-Straße ab und forderten Bargeld. Der Junge handigte den Unbekannten einen geringen Betrag aus. Das Duo verschwand dann in Richtung Königsberger Straße.

Die Täter trugen nach Angaben des Opfers Jeans und Lederjacken; der Haupttäter eine schwarz gerahmte Brille. Das Kriminalkommissariat 32 hat die Ermittlungen in dem Raubdelikt aufgenommen. Wer die Jugendlichen beobachtet hat oder Hinweise auf deren Identität geben kann, wird gebeten, sich unter der Rufnummer (0228) 150 zu melden. (Bir)

80 Pflegeplätze sollen in Alfter entstehen

ALFTER. Wie hoch die Pflegesätze ausfallen, warum der vorgesehene Park am Görresbach nicht in der Planung enthalten ist und wie viele Stellplätze in welcher Form geschaffen werden – zahlreiche Fragen hatten die Alfterer Ratsmitglieder nach der Präsentation zum geplanten Seniorenzentrum an der Bahnhofstraße.

80 Pflegeplätze sollen in dem viergeschossigen Bau mit Staffelfeschossen untergebracht werden, wie Michael Straub von der kaufmännischen Leitung des Bauträgers Römerhaus GmbH ausführte, dazu zehn Servicewohnungen. 23 Quadratmeter werden die Einzelappartements messen, dazu kommen Flächen für alle Bewohner wie Küche und Aufenthaltsräume. Betreiber der Einrichtung wird mit der Römergarten Residenzen GmbH ein Partner des Bauträgers, der mit diesem zwei Gesellschafter gemein hat.

Es entstünden 50 bis 60 Arbeitsplätze für Pflegekräfte, warb Straub für das Unterfangen. „Der Betreiber wünscht sich, als Teil des Gemeindelebens empfangen zu werden“, so seien Kooperationen etwa für einen Mittagstisch für Senioren, die nicht in der Einrichtung wohnen, für Verwaltungsmitarbeiter oder auch für Schulkinder möglich. Ziel sei ein „offenes Haus für Jung und Alt“, wie es in vielen seit der Firmengründung 1983 errichteten Seniorenzentren an der Tagesordnung sei. Der Bau einer Tiefgarage, um die benötigten Stellplätze zu schaffen, ist derzeit nicht vorgesehen, wie Römerhaus-Geschäftsführer Peter Kinscherff mitteilte.

„Die Gesamtplanung für das Gelände bleibt erhalten“, versicherte Bürgermeister Rolf Schumacher auf Nachfrage, die vorgestellten Pläne betreffen lediglich den Teilaspekt Stationäre Pflege. Unter anderem ist darüber hinaus die Errichtung von rund 60 Wohneinheiten und eines Grünareals geplant. Schumacher hofft, bis Sommer 2017 Baurecht zu schaffen. (gri)

„Kultur in Togo“ für das heimische Wohnzimmer



RHEINBACH. Eine Käseverkäuferin auf einem Markt, typische Szenen aus den Dörfern, Männer beim Dachdecken oder an einem Ofen zur Eisengewinnung – der Kalender der Rheinbacher Toghilfe bringt die Kultur in dem westafrikanischen Küstenstaat nach Hause. Traditionell finanziert der aktive und erfolgreiche Rheinbacher Verein mit dem Verkauf der Kalender die Anschaffung von Schuluniformen in den von ihm unterstützten Dörfern. Nur mit

dieser Kleidung, die vor Ort geschneidert wird, dürfen die Kinder am Unterricht teilnehmen und erhalten die Chance auf Bildung. „Diese Hilfe zur Selbsthilfe liegt uns sehr am Herzen“, betonen Vorsitzender Michael Firmenich (l.) und Bürgermeister Stefan Raetz, Mitgründer des Vereins. Die Kalender sind bei Optik Firmenich, Hauptstraße/Ecke Weiherstraße, und bei Notar Dr. Mario Leitzen, Kleine Heeg 13, für 18 Euro erhältlich. (Foto: Magunia)

Teurer Investitionsstau

Rheinbach muss Millionen in die Sanierung des Kanalsystems investieren

RHEINBACH. Auf eine deutliche Erhöhung der Abwassergebühren müssen sich die Bürger in Rheinbach einstellen. Die Schmutzwassergebühr wird für 2017 von 3,02 auf 3,33 Euro pro Kubikmeter Schmutzwasser erhöht, zugleich wird der Gebührensatz für Oberflächenwasser von 1,29 auf 1,61 Euro pro Quadratmeter gewichteter Grundstücksfläche angehoben.

Für einen typischen Vier-Personen-Haushalt hat das zur Folge, dass er anstatt bisher 759 Euro künftig 860 Euro und damit 13,3 Prozent mehr als noch 2016 berappen muss. Dafür gab der Haupt- und Finanzausschuss jetzt grünes Licht, die endgültige Entscheidung trifft der Stadtrat am 12. Dezember.

Bürgermeister Stefan Raetz machte allerdings zugleich klar, dass die Abwassergebühren in Rheinbach im Vergleich zu den Belastungen der anderen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises noch vergleichsweise günstig seien. In Neunkirchen-Seelscheid etwa müsste der gleiche Vier-Personen-Haushalt knapp 1300 Euro pro Jahr blechen, in Much und Siegburg fast 1200 Euro. Der

Kreisdurchschnitt liegt bei 911 Euro. Für sich betrachtet steigt der Gebührensatz für Schmutzwasser gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent und der für Oberflächenwasser um 25 Prozent. Grund für die deutliche Erhöhung sei das ziemlich marode Kanalnetz, das nun nach und nach saniert werden müsse.

Bezirksregierung macht Druck bei Sanierung

Dafür hatte der Stadtrat ein Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen. Der Bezirksregierung Köln war der geplante Ablauf jedoch zu langsam. Das hat zur Folge, dass der Aufwand für die Unterhaltung der Kanäle im kommenden Jahr um 1,73 Millionen Euro gegenüber 2016 erhöht werden musste, was einen wesentlichen Einfluss auf die Gebührenentwicklung hat. Hätte man für die Unterhaltung nur so viel ausgegeben wie 2016 – eine Million Euro – so ergäbe sich sogar eine Gebührensenkung. CDU-Fraktionsvorsitzender Bernd Beißel kommentierte

das so: „In der Vergangenheit wurde zu sehr auf Verschleiß gefahren, das rächt sich jetzt. Wir wollen die Sache künftig anders handhaben, damit nicht noch einmal so ein hoher Investitionsstau entsteht. Aber die nächsten Jahre werden erst einmal teuer.“

In den nächsten fünf Jahren sollen demnach jährlich rund 2,7 Millionen Euro für die Sanierung der Abwasserkanäle ausgegeben werden. 2016 lag der entsprechende Wert noch bei einer Million Euro. Da diese Kostenposition in den nächsten fünf Jahren daher – wenn auch auf hohem Niveau – konstant bleibe, seien ab 2018 immerhin keine erheblichen Anstiege der Gebührensätze mehr zu erwarten, beruhigte Raetz. Positiv sei andererseits zu bewerten, dass der erhöhte Abwasserbeitrag zu Verbesserungen beim Umweltschutz führe. Zudem gebe es berechtigte Hoffnungen, dass nach den fünf Jahren das Abwasserbeseitigungskonzept abgearbeitet sei und die Kanalsanierungskosten wieder auf einen Schlag deutlich sinken, was für die Zukunft auf günstigere Gebührensätze hoffen lasse. (jst)